

Ulrich, Peter

Book Part

Krisenfestigkeit im deutsch-polnischen Grenzraum in Zeiten der Polykrise: Resilient-verflechtungssensible Politik- und Verwaltungskooperation bei disruptiven Ereignissen am Beispiel von Brandenburg-Lubuskie

Provided in Cooperation with:

ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft

Suggested Citation: Ulrich, Peter (2025) : Krisenfestigkeit im deutsch-polnischen Grenzraum in Zeiten der Polykrise: Resilient-verflechtungssensible Politik- und Verwaltungskooperation bei disruptiven Ereignissen am Beispiel von Brandenburg-Lubuskie, In: Weber, Florian Dittel, Julia (Ed.): Beyond borders: Zur Krisenfestigkeit grenzüberschreitender Verflechtungsräume, ISBN 978-3-88838-445-5, Verlag der ARL - Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft, Hannover, pp. 106-127,
<https://doi.org/10.60683/r91q-7s26>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/325350>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

Peter Ulrich:

**Krisenfestigkeit im deutsch-polnischen Grenzraum in Zeiten der Polykrise:
Resilient-verflechtungssensible Politik- und Verwaltungskooperation bei
disruptiven Ereignissen am Beispiel von Brandenburg-Lubuskie**

<https://doi.org/10.60683/r91q-7s26>

In:

Weber, Florian; Dittel, Julia (Hrsg.) (2025):

Beyond borders – Zur Krisenfestigkeit grenzüberschreitender
Verflechtungsräume.

Hannover, 106-127. = Arbeitsberichte der ARL 38.

<https://doi.org/10.60683/f1pj-mh60>



<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

Peter Ulrich

KRISENFESTIGKEIT IM DEUTSCH-POLNISCHEN GRENZRAUM IN ZEITEN DER POLYKRISE: RESILIENT-VERFLECHTUNGSSENSIBLE POLITIK- UND VERWALTUNGSKOOPERATION BEI DISRUPTIVEN EREIGNISSEN AM BEISPIEL VON BRANDENBURG-LUBUSKIE

Gliederung

- 1 Einleitender Problemaufriss
 - 2 Europäische Grenzregionen in der Polykrise: zwischen Öffnung und Schließung und die Herstellung von Krisenfestigkeit
 - 3 Empirische Beispiele aus dem deutsch-polnischen Verflechtungsraum
 - 3.1 Politische Koordination in der Corona-Pandemie im deutsch-polnischen Grenzraum
 - 3.1.1 Persistenz/Widerstandsfähigkeit von euroregionaler Politik und Verwaltung bei der Corona-Pandemie und Grenzschließungen
 - 3.1.2 Anpassungsfähigkeit/Adaptionsfähigkeit und euroregionales Lernen
 - 3.1.3 Transformationsfähigkeit und euroregionale Innovation
 - 3.2 Politische Koordination zur Nachverfolgung und Eindämmung des grenzübergreifenden Fischsterbens in der Oder
 - 3.2.1 Persistenz/Widerstandsfähigkeit von euroregionaler Politik und Verwaltung beim Fischsterben in der Oder
 - 3.2.2 Anpassungsfähigkeit/Adaptionsfähigkeit und euroregionales Lernen während der Oder-Katastrophe
 - 3.2.3 Transformationsfähigkeit und euroregionale Innovation
 - 4 Zusammenfassung und Ausblick
- Literatur

Kurzfassung

Der Beitrag diskutiert die Krisenfestigkeit grenzüberschreitend-euroregionaler Politik- und Verwaltungskooperation in der deutsch-polnischen Grenzregion in Zeiten der Polykrise. Der räumliche Fokus liegt auf Brandenburg-Lubuskie, konkret auf den Euroregionen Pro Europa Viadrina und Spree-Neiße-Bober sowie der Doppelstadt Frankfurt-Słubice. Thematisch wird der euroregionale Umgang mit den disruptiv auftretenden Krisenereignissen der Corona-Pandemie und des Fischsterbens in der Oder behandelt. Die Analyseebenen zur Ermittlung der Krisenfestigkeit der deutsch-polnischen Kooperation sind die Persistenz, die Adaptions- sowie die Transformationsfähigkeit. Als empirische Analysegrundlage werden Interview-Daten mit euroregional-grenzüberschreitend tätigen Experten verwendet. Die Analyse zeigt, dass euroregionale Akteure bei der Corona-Pandemie relevante Funktionen im Krisenmanagement übernahmen, während sie bei der Krisenkoordination der Oderkatastrophe kaum eine Rolle spielten.

Schlüsselwörter

Krisenfestigkeit – Resilienz – Grenze – Polen – Polykrise – Brandenburg – Euroregion

Resilience in the German-Polish border region in times of polycrisis. Political and administrative cooperation facing disruption in the Brandenburg-Lubuskie area

Abstract

The paper discusses the resilience of cross-border euroregional political and administrative cooperation in the German-Polish border region in times of polycrisis. The spatial focus is on Brandenburg-Lubuskie, specifically on the Euroregions Pro Europa Viadrina and Spree-Neisse-Bober as well as the double city of Frankfurt (Oder)-Śluby. The political and administrative handling of the coronavirus and the fish mortality in the Odra river are analysed. The categories persistence, adaptability and transformability serve as analytical lenses for determining the crisis resilience of German-Polish cooperation. Collected interview data with experts working in euroregional and cross-border matters serve as basis of the investigation. The analysis shows that euroregional actors took relevant functions in the handling of the coronavirus border closures while they were hardly included in the crisis management of the Odra catastrophe.

Keywords

Resilience – border – border region – Poland – polycrisis – Brandenburg – Euroregion

1 Einleitender Problemaufriss

Europa erlebt eine Zeit hochdynamischer Veränderungen und multipler Krisen (vgl. Lübke-meier/von Ondarza 2017). Nach der Finanz- und Eurokrise (2011) kamen die Migrationskrise (spätestens ab 2015), der Brexit (2016–2020), die Covid-19-Pandemie (ab 2020), der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine (ab 2022), die Energiekrise (ab 2022) und der Nahostkonflikt (ab 2023), der auch Auswirkungen auf Europa hat, dazu. Die Überlappung dieser Krisenphänomene führte sukzessive auch zu einer politischen und letztlich sozialen Krise, da die Zustimmung der Bevölkerung zu den politischen Entscheidungsträger:innen und politischen Institutionen, wie der EU, rückläufig erscheint, wenn die Wahlergebnisse hinsichtlich europakritischer und rechtspopulistischer-protektionistischer Parteien in vielen EU-Mitgliedstaaten als messbare Indikatoren herangezogen werden. Diese mannigfaltigen Krisensymptome lassen die Diagnose einer *Polykrise*¹, wie sie aktuell vielerorts ausgerufen wird, zu.

Im Mehrebenengebilde der EU mit den 27 Mitgliedstaaten, den 300 Regionen und mehr als 1000 Kommunen haben einzelne Facetten der Polykrise unterschiedliche Auswirkungen. Zu den disruptiven, also kurzfristig und plötzlich auftretenden tempo-

1 Siehe dazu etwa den Titel der Jahreskonferenz der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft, „Politik in der Polykrise“, im Jahr 2024. Vgl. Lübke-meier/von Ondarza 2017.

ralen sozialräumlichen Krisen (vgl. IRS 2021: 3) gesellen sich weitere langanhaltende globale gesellschaftliche Herausforderungen (vgl. Schneidewind 2018), die auch als „Megatrends“ oder „Grand Challenges“ bezeichnet werden können (vgl. IRS 2021: 3). Beim Umgang mit disruptiven sozialräumlichen, aber auch mit den langfristigen Krisen kommt der EU, den Nationalstaaten, Regionen und Kommunen eine wichtige Rolle zu. Im „Europa der Grenzregionen“, wo etwa 32 % der europäischen Bevölkerung auf ca. 40 % der Fläche in sogenannten Euroregionen bzw. Eurodistrikten, Europaregionen oder Euregios unter anderem organisiert durch die europarechtlichen Europäischen Verbände für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) leben (Ulrich 2021: 30 ff.), spielen die Grenzregionen – anders als in vielen anderen Teilen der Welt – eine große Rolle. Der Blick in diese Grenzregionen lohnt sich, da über sie als „Kontaktzonen“, „testbeds“ oder „Mikrolabore der europäischen Integration“ (Ulrich 2021: 173) viele gesamtgesellschaftliche europäische Prozesse gespiegelt werden.

Dieses Papier ist im Rahmen der zahlreicher Treffen der Arbeitsgruppe „Beyond Borders – zur Krisenfestigkeit grenzüberschreitender Verflechtungsräume“ der Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft der Landesarbeitsgemeinschaften Hessen/Rheinland-Pfalz/Saarland und Baden-Württemberg (2022–2023) entstanden. Der Fokus richtet sich aufgrund der wissenschaftlichen Arbeiten des Autors auf den deutsch-polnischen Grenzraum und den politischen sowie administrativen Umgang mit der Corona-Krise (2020) und dem Fischsterben in der Oder (2022) speziell in der Region Brandenburg-Lubuskie aus Sicht der regionalen und kommunalen Akteure.

Der Beitrag ist folgendermaßen aufgebaut: In Kapitel 2 werden die dem Beitrag zugrundeliegenden theoretischen, methodischen und fallbezogenen Betrachtungen dargelegt. Anschließend werden in Kapitel 3 die empirische Analyse und in Kapitel 4 eine abschließende Diskussion und ein Ausblick vollzogen.

2 Europäische Grenzregionen in der Polykrise: zwischen Öffnung und Schließung und die Herstellung von Krisenfestigkeit

Lange wurde in Europa durch den EU-Binnenmarkt (1992), das Schengener Abkommen (1985/1995) und durch die generelle Idealvorstellung einer „borderless world“ (Ohmae 1999) das Paradigma von offenen Grenzen gelebt. So sind auch an der Nahtstelle Europas, an dem Ort, wo bis 1990 die Systemgrenze zwischen dem staatssozialistisch geprägten Osten und den marktwirtschaftlich-kapitalistischen Staatssystemen im Westen verlief, mit dem Fall des Eisernen Vorhangs Imaginationen der Überwindung von Grenzen und ein neues Zeitalter der Entgrenzung aufgekommen. Im deutsch-polnischen Grenzraum führten mehrere historische Schritte zu einer Permeabilisierung einer noch jungen, aber ursprünglich durablen Grenze: Der deutsch-polnische Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit (17.06.1991) sowie der Beitritt Polens zur EU (2004), zum Schengener Abkommen (2007) und zum vollständigen Beitritt zum EU-Binnenmarkt (2011) führten auch zur deutsch-polnischen Grenzöffnung (vgl. Opiłowska 2022b).

Doch vom Paradigma einer offenen und grenzenlosen Welt hat sich auch die deutsch-polnische Grenze relativ schnell verabschieden müssen. Zwar gab es längere Zeit keine temporären Grenzkontrollen – vielmehr wurden die ursprünglichen Kontrollhäuschen abgerissen, verlassen oder in der Nutzung umgewidmet –, aber es gab wieder vereinzelte temporale stichprobenartige Grenzkontrollen. So verhielt es sich dann auch zu Beginn der Covid-19-Pandemie, als Mitte März 2020 die polnische Regierung – wie viele europäische Regierungen und auch Deutschland u. a. zu der Grenze zu Frankreich – mit dem Anstieg der Corona-Fälle in Europa und in Deutschland einseitige Grenzkontrollen einführte (vgl. Cyrus 2020; Cyrus/Ulrich 2020, 2021, 2022; Hennig 2020; Jańczak 2020; Opiłowska 2020; Ulrich 2022b).

Diese Grenzschließungen im Zuge der Corona-Pandemie wurden mit Bezeichnungen wie „Covidfencing“ (Medeiros/Guillermo Ramírez/Ocskay et al. 2022), „Coronationism“ (Bouckaert/Galli/Kuhlmann et al. 2020) oder „pandemic of nationalism“ und „nationalism of pandemics“ (Nossem 2020) als Handeln eines nationalstaatlichen Krisenmanagements titulierte (vgl. Kuhlmann/Franzke 2021; Lois/Cairo/García de las Heras 2022; Medeiros/Guillermo Ramírez/Ocskay et al. 2022), was in mehreren Ländern beobachtbar war (vgl. z. B. Brunet-Jailly/Carpenter 2020; Dittel 2022; Kuhlmann/Franzke/Dumas 2022; Kuhlmann/Hellström/Ramberg et al. 2021; Lois/Cairo/García de las Heras 2022; Unfried 2022; Unfried/Büttgen/Marks 2020; Wassenberg 2022; Weber 2020, 2022; Weber/Wille 2020).

Nicht nur die nationalstaatlichen Grenzen wurden „verdichtet“, sondern es wurde auch die innerländische Mobilität durch das Ziehen neuer und das Verdichten bestehender (administrativer) Grenzen – etwa Landes- oder Landkreisgrenzen (Cyrus/Ulrich 2020: 4) – unterbrochen. Die disruptive Verdichtung, also reflexartige Schließung der nationalen Grenzen, führte dazu, dass über Jahre sukzessive verflochtene grenzüberschreitende sozialräumliche Verbindungen abrupt zerschnitten wurden. Tägliche Pendlerströme und Logistikketten wurden in Grenzregionen „zersprengt“. Aus diesen realitätsprägenden Eindrücken heraus haben wir an anderer Stelle dafür plädiert, von *verflechtungssensiblen Maßnahmenräumen* im Krisenmanagement (vgl. Cyrus/Ulrich 2021, 2022) und von „temporäre[n] Krisengrenzen statt nationaler Staatsgrenzen“ auszugehen (vgl. Cyrus 2020), die sich entlang von grenzräumlicher Lebenswirklichkeiten und Verflechtungen ausrichten. Verflechtungssensible Handlungen können zum einen entlang von sozialräumlichen Verteilungs- und Mobilitätsdaten erfolgen und zum anderen sich an echtzeitlichen Diffusionsdaten des Corona-Virus orientieren (vgl. Kuebart/Stabler 2021; Kuhlmann/Franzke/Dumas 2022), wobei ein auf Vernunft und Augenmaß orientiertes Monitoring notwendig ist (vgl. Duvernet 2021).

Das Corona-Virus führte zu einer langanhaltenden und allgegenwärtigen Krise – „From Corona Virus to Corona Crisis“ (Brinks/Ibert 2020). Dazu kamen weitere Krisen der Gegenwart, die die europäischen Grenzregionen und speziell auch die deutsch-polnische in der Polykrise getroffen haben, wie etwa die Fischkatastrophe in der Oder (2022), die Migrationskrise im Zuge des Konflikts Polens mit Belarus und nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine.

‚Krisen‘ stellen regionale und/oder globale Herausforderungen und eine Erosion von Gewissheiten von etablierten und bis dato als funktionierend wahrgenommenen Prozessen und Strukturen dar. Diese globalen oder regionalen Herausforderungen können dabei kurzfristig bzw. plötzlich auftreten oder langanhaltende Zukunfts-herausforderungen darstellen. Kurzfristige, plötzlich auftretende Herausforderungen waren etwa die Corona-Pandemie und die daraus resultierende Eindämmungspolitik Anfang 2020 in Grenzräumen oder aber das grenzübergreifende Krisenmanagement während des Fischsterbens an der Oder, die in diesem Papier eingehender empirisch analysiert werden. Diese unvorhersehbaren, plötzlich eintretenden Ereignisse werden mit dem Begriff der „Disruption“ assoziiert. Unter Disruption werden „überraschend auftretende Ereignisse oder Brüche, die außergewöhnliche Unsicherheit stiften, Sinn- und Bedeutungszusammenhänge erschüttern, gesellschaftliche Werte bedrohen und trotzdem schnelle Antworten erfordern“ (IRS 2021: 3), verstanden.

Langfristige Herausforderungen umfassen große Transformationen (vgl. Schneidewind 2018; Baumgart/Krätzig 2021), z. B., Verkehrs- und Energiewende, die global relevant sind, aber auch auf lokaler Ebene grenzüberschreitend umgesetzt werden müssen.

Um den konstanten und stressresistenten Umgang mit den zahlreichen Krisen in den Grenzregionen zu ermöglichen, wurde in vielen Publikationen der Begriff der „Resilienz“ (Anderson/Prokkoła 2022; Laine 2022; Opiłowska 2022a) eingeführt. Laut Opiłowska kann der Begriff folgendermaßen definiert werden: „Resilienz [umfasst] die Fähigkeit, Störungen zu bewältigen (Persistenz), sich zu reorganisieren, aus der Krise zu lernen (Anpassungsfähigkeit) und neue Wege zu beschreiten (Transformationsfähigkeit)“ (Opiłowska 2022a: 205 f.). Laut Weber und Dittel (vgl. Einleitungsbeitrag in diesem Band) kann die Krisenfestigkeit, die synonym für Resilienz verwendet wird, anhand der Ebenen der Widerstandsfähigkeit, der Adaptionsfähigkeit und der Transformationsfähigkeit unterschieden werden. Der Begriff der Resilienz wurde bereits in mehreren Publikationen auf grenzüberschreitende Regionen angewendet (Anderson/Prokkoła 2022; Laine 2022; Opiłowska 2022a; Böhm/Boháč/Novotný et al. 2023).

Im Folgenden werden unter dem synonym verwendeten Begriff der „Krisenfestigkeit“ die euroregionalen Politik- und Verwaltungsstrukturen im deutsch-polnischen Grenzraum am Beispiel der disruptiv auftretenden Krisen der Corona-Pandemie und des Fischsterbens anhand der drei genannten Analysekatoren untersucht, die aus der o.g. Theorie und den Resilienz-Definitionen abgeleitet wurden (vgl. Tabelle 1).

Krisenfestigkeit	Krise	Maßnahmen
Persistenz/ Widerstandsfähigkeit	Disruptive Krisenereignisse Stabilität und Funktionswahrung während des plötzlichen Krisenereignisses	Langanhaltende gesellschaftliche Herausforderungen Langfristige stabile und krisenfeste grenzüberschreitende Strukturen und Prozesse schaffen
Anpassungsfähigkeit/ Adaptionsfähigkeit	Lernen nach dem Schock, erste kurz- und mittelfristige Anpassungen	Graduelle Anpassungen, adaptive Steuerung
Transformations- fähigkeit	Neuartige Ansätze, Strukturen und Prozesse ausprobieren und langfristig etablieren	Neuartige Ansätze zum Umgang mit gesellschaftlichen Herausforderungen anwenden
		Solidarität, Kommunikation, Koordination, Information, Transparenz Blick in andere Grenzregionen, Monitoring sozialräumlicher Verteilungen, auf Verflechtungen achten beim „Grenzziehen“, Maßnahmenräume nach Verflechtungsintensität ausrichten Transformation unterstützen, zukunftsfähige Strukturen fördern; aus anderen Regionen lernen und Neues in die Region übertragen, Transformation durch Innovation

Tabelle 1: Übersicht Analysekatogorien der Krisenfestigkeit für disruptive Krisenereignisse und langanhaltende Herausforderungen, sowie damit verbundene Maßnahmen /Quelle: eigene Darstellung, Analyseebenen nach Opiłowska 2022a und Weber und Dittel in diesem Band

Die als Basis für die Analyse verwendeten Interview-Daten wurden in zwei Forschungsprojekten erhoben:

- > „Wissenschaft und Praxis im Dialog: Wie funktioniert die grenzüberschreitende Daseinsvorsorge und bürgerliche Teilhabe in der Euroregion Pro Europa Viadrina?“ (Interreg VA Brandenburg-Polen 2014–2020, Projektlaufzeit 2020–2022).
- > „Linking Borderlands. Dynamiken grenzregionaler Peripherien“ (Bundesministerium für Bildung und Forschung, Projektlaufzeit 2021–2024).

Die Interviews, die im Rahmen des erstgenannten Projekts durchgeführt wurden, fanden im Zeitraum Mai–August 2020 statt, während die Interviews aus dem zweitgenannten Projekt auf den Zeitraum September 2022 bis Mai 2023 datieren. Insgesamt wurden in beiden Projekten 31 Akteure aus öffentlicher Verwaltung, Politik, Wirtschafts- und Handelskammern und der Zivilgesellschaft der (euro)regionalen und kommunalen Ebene befragt. Allerdings dienen nur einige dieser Interviews für die Analyse in diesem Beitrag als Grundlage, da nicht alle befragten Personen sich zu den hier behandelten Themen äußerten. Das Untersuchungsgebiet umfasst die grenzüberschreitende Region Brandenburg-Lubuskie und die beiden brandenburgischen Euroregionen, die mit der Wojewodschaft Lubuskie kooperieren: Pro Europa Viadrina und Spree-Neiße-Bober (siehe Abbildung 1).

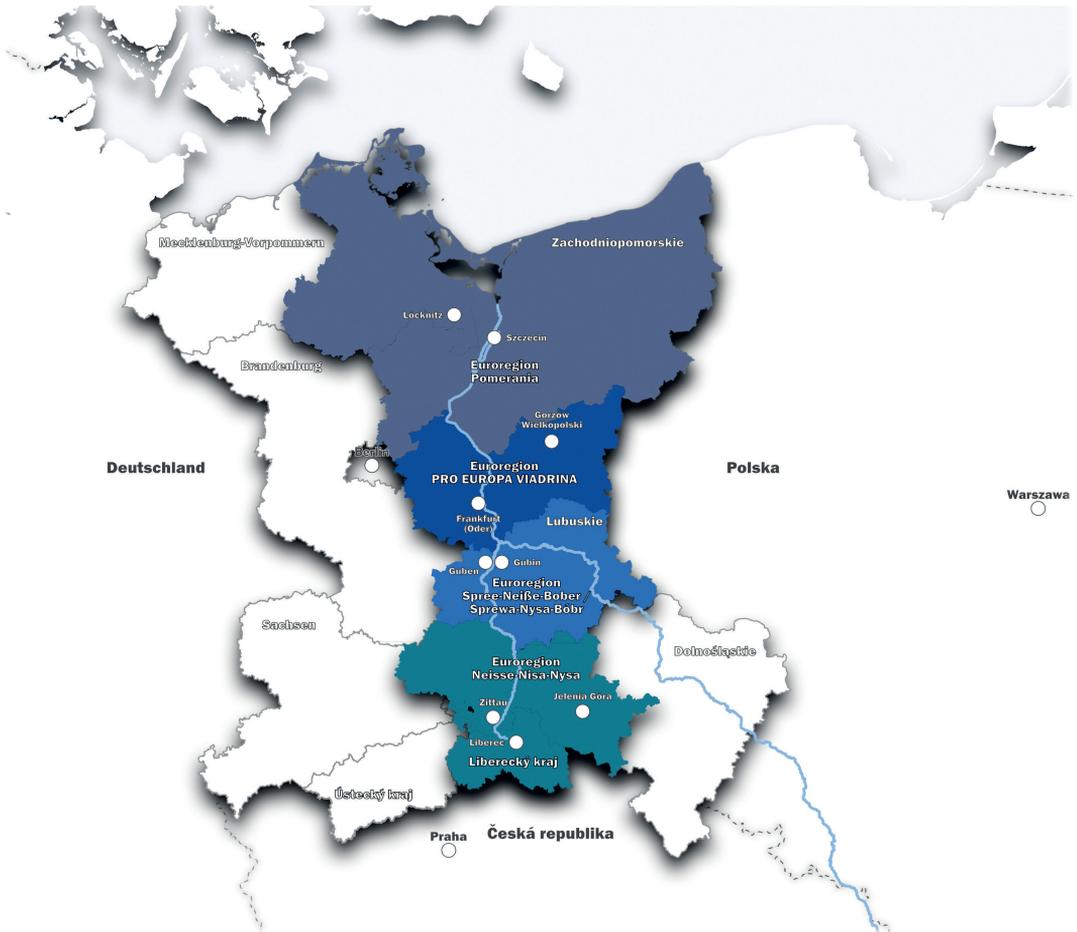


Abbildung 1: Euroregionen in der deutsch-polnischen Grenzregion / Quelle: Website Euroregion Pro Europa Viadrina

Der Hauptfokus richtet sich zum einen auf die Euroregion Pro Europa Viadrina und zum anderen auf die grenzüberschreitende Doppelstadt Frankfurt (Oder)-Słubice, die im Herzen des Gebiets liegt (siehe Abbildung 2).

3 Empirische Beispiele aus dem deutsch-polnischen Verflechtungsraum

In diesem Abschnitt werden die Analyseergebnisse der beiden empirischen Fallstudien dargelegt. Die Ergebnisse aus den Interview-Daten sollen Einblick in die kommunale und euroregionale Ebene liefern. Als erstes wird die Corona-Pandemie beleuchtet, als zweites folgt das Fischsterben in der Oder.

3.1 Politische Koordination in der Corona-Pandemie im deutsch-polnischen Grenzraum

Die Eindämmungspolitik gegen das neu aufgekommene Corona-Virus führte in der EU und in den Grenzregionen zu einseitigen nationalen Grenzsicherungen. Abbildung 3 zeigt diese Entwicklungen in einem Zeitstrahl auf.

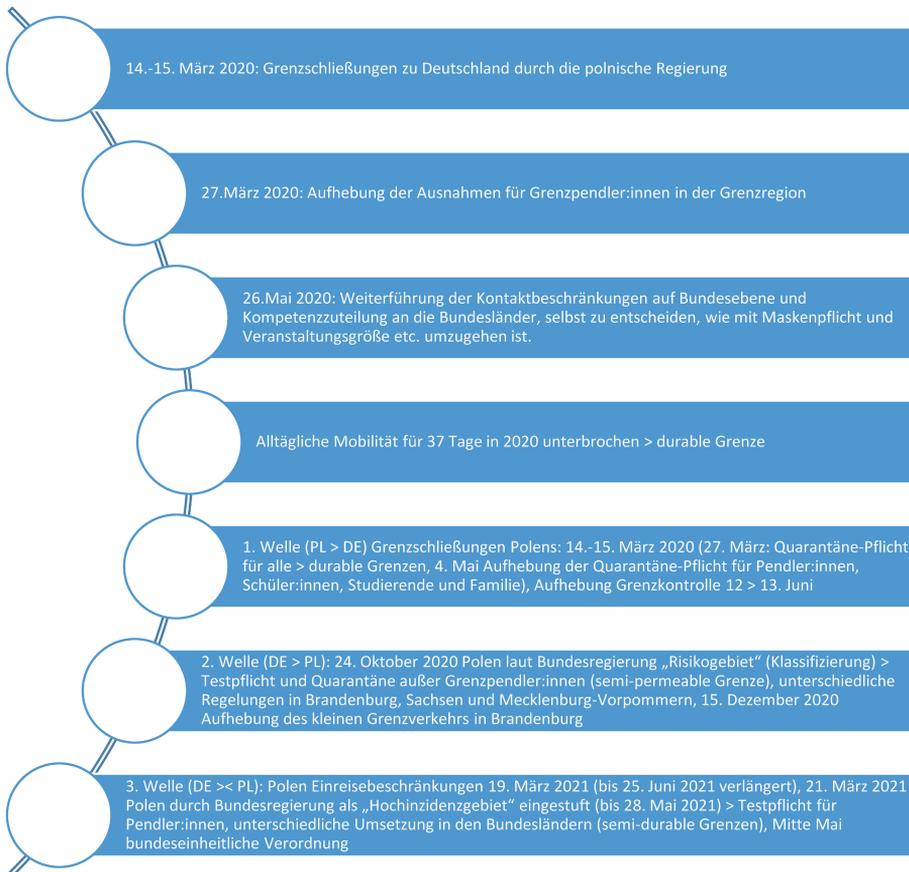


Abbildung 3: Fallstudie 1 – Zeitlicher Verlauf der politischen Maßnahmen in der Corona-Pandemie /
Quelle: Eigene Zusammen- und Darstellung

Der Autor dieses Beitrags hat die Corona-Pandemie im deutsch-polnischen Grenzraum bisher in Bezug auf Grenzziehungsprozesse (vgl. Cyrus/Ulrich 2020), auf die Folgen und Effekte der Grenzsicherungen (vgl. Ulrich 2020), auf die Begründungen, Verhältnisse, Vermittlungen und Veränderungen der Grenzpolitik (vgl. Ulrich 2022b) sowie hinsichtlich grenzüberschreitender Daseins- und Gesundheitsversorgung (vgl. Ulrich 2022a; Ulrich/Cyrus/Jańczak 2024) analysiert. Zudem wurde zusammen mit Norbert Cyrus auch konzeptionelle Überlegungen für das Krisenmanagement im grenzüberschreitenden Raum skizziert (vgl. Cyrus/Ulrich 2021, 2022). In diesem Beitrag wird die Krisenfestigkeit, die Resilienz untersucht.

3.1.1 Persistenz/Widerstandsfähigkeit von euroregionaler Politik und Verwaltung bei der Corona-Pandemie und Grenzsicherungen

Die plötzlich auf gekommenen und von nationaler Seite verordneten Grenzkontrollen in Europa haben auch die deutsch-polnische Grenzregion stark getroffen. Der Vertreter des Frankfurt-Ślubicer Kooperationszentrum bringt dies im Interview vom 27.05.2020 folgendermaßen auf den Punkt: „Also erstmal war das, denke ich schon, für uns ein Schock, dass die Grenze zugemacht wurde. Es kündigte sich natürlich an, weil nicht nur an der deutsch-polnischen Grenze die Reaktionen auf Corona eine nationale Reaktion war und das ganze Schließen von Grenzen, das zog sich ja wirklich fast durch ganz Europa“ (Int1_P1_20200527_GrDaEPV).

Da das Schließen der Grenze simultan an verschiedenen Grenzen in Europa geschah, kam es nicht unerwartet, gleichzeitig wurde es sehr schnell und plötzlich vollzogen und ohne viel Vorbereitungszeit und Kommunikation für die Bürger:innen. Mit einem leichten zeitlichen Abstand berichtet der befragte Vertreter der Euroregion Pro Europa Viadrina am 21.08.2020: „Die Kommunikation seitens der Behörden und seitens der Regierung war vielleicht auch nicht perfekt. Nicht unbedingt wegen der Grenzschließung, sondern quasi der einfache Bürger war erstmal mit Panik versorgt“ (Int5_P6_20200821_GrDaEPV).

Die grenzüberschreitende politische Zusammenarbeit im Mehrebenensystem im Zuge des Krisenmanagements wurde durch die unterschiedlichen Kompetenzen in Deutschland und Polen erschwert – während im zentralstaatlich organisierten Polen die Vorgaben aus Warschau kommen, trafen im föderalen Deutschland die Länder unterschiedliche Regelungen und auch die kommunale Ebene hatte mehr Gestaltungsoptionen: „Klar, das ist natürlich ein großer Unterschied zwischen einem zentralistischen und föderalistischen Staat. [...] Auf polnischer Seite ist das nicht so, da gibt Warschau das vor, und das gilt dann für das gesamte Land. Und auch der kommunale Spielraum, wir hatten hier immer noch ein bisschen kommunalen Spielraum, hier. [...]. Diesen Spielraum hatte die Ślubicer Seite überhaupt nicht“ (Int1_P1_20200527_GrDaEPV).

Auch die Verwaltungszusammenarbeit der grenzüberschreitenden Einrichtungen wurde durch die coronabedingte Grenzschließung gestört: „Es gab mal eine Videoabsprache. Es wird demnächst ein erstes Live-Treffen geben, aber alle anderen Sachen

sind drei Monate einfach verschoben worden. Und zwar weil Live-Treffen nicht möglich waren und auch weil beide Seiten ja auch, [...] die Słubicer Stadtverwaltung war ja wochenlang geschlossen. [...] Die Leute waren nur im Homeoffice. Viele Leute sind auch zu Hause geblieben, weil die für ihre Kinder keine Betreuung hatten. Kurzum, es gab weniger Personal auf beiden Seiten. Es gab eine Menge Kapazitäten, die für die Krisenbewältigung genutzt werden mussten.“ (Int1_P1_20200527_GrDaEPV) Generalisierend fasst er zusammen: „Also es war wirklich auch für die Zusammenarbeit einfach eine, eine Krise. Man musste sehr schnell sich umstellen und wir haben versucht, das Beste draus zu machen. Ich denke, das ist gelungen. Ich finde unser Krisenmanagement war nicht schlecht. Aber es war sehr schwierig“ (Int1_P1_20200527_GrDaEPV).

Auch die Interreg-Förderung und Durchführung von grenzüberschreitenden Projekten kam in dieser Zeit zum Erliegen. Dies wird in einem Interview mit einer Vertreterin des Gemeinsamen Sekretariats des Interreg-Programms V A Brandenburg-Polen am 07.09.2022 deutlich: „Da kann ich sagen, dass tatsächlich vieles eingestellt wurde, vor allem die Jugendprojekte, Bildungsprojekte. [...] Also für das Programm bedeutete das, dass wir ganz viele Änderungsanträge hatten, Verlängerungsanträge. [...] Und wir hatten ganz viel Interesse an Budgeterhöhungen, sodass unsere Restmittel nicht ausgereicht haben“ (Int1_P1_20220907_LinkBord).

Die grenzüberschreitenden Akteure haben also Persistenz beim Umgang mit den Grenzschießungen, mit der Kommunikation mit den Bürger:innen, mit den politischen Strukturen, mit ihrer täglichen Verwaltungszusammenarbeit und bei der Förderung und Arbeit in grenzüberschreitenden Projekten beweisen müssen. Im Folgenden wird darauf eingegangen, welches Lernen innerhalb und von anderen Regionen eingesetzt hat, um die Fähigkeit der Anpassung und Adaption zu stärken.

3.1.2 Anpassungsfähigkeit/Adaptionsfähigkeit und euroregionales Lernen

Die Euroregion Pro Europa Viadrina hat sich in der Zeit der Grenzschießung vor allem für Pendler:innen aktiv eingebracht und sich mit den anderen drei Euroregionen an der deutsch-polnischen Grenze als gemeinsames Sprachrohr gegenüber den nationalen Regierungen verbündet: „Wir sind natürlich auch ein Lobbyist, wenn man so will. Das heißt, wir sind [eine] Stimme der Grenze. [...] Wir haben uns mit den anderen Euroregionen an der deutsch-polnischen Grenze zusammengetan und wir haben quasi Stellungnahmen abgeliefert Richtung Regierungen, für die Pendler, damit [diese quasi pendeln] dürfen“ (Int5_P6_20200821_GrDaEPV).

Des Weiteren diente die Euroregion in dieser Zeit als Kommunikationsrohr gegenüber den Mitgliedern und der Bevölkerung: „Wir haben versucht, eine gewisse Informationsquelle zu sein zu dem, was passiert. Wir haben dazu quasi unsere Medien genutzt. Sprich Newsletter, Facebook, Homepage, was auch immer. Damit zumindest gewisse Informationen zu der Lage auf der anderen Seite ein bisschen vorhanden sind“ (Int5_P6_20200821_GrDaEPV).

Auch die Doppelstadt und das Frankfurt-Stübiger Kooperationszentrum stellten ihre Kommunikation um und richteten – anders als die Euroregion Pro Europa Viadrina – auch eine bilinguale Telefon-Hotline ein, wie der Vertreter im Interview am 27.05.2020 berichtete: „Die Frankfurter Stadtverwaltung hatte ziemlich schnell eine Hotline eingerichtet für Bürger. Und schon nach einer Woche stellten wir fest, dass auch sehr viele polnische Bürger da anriefen und zwar nicht nur Bürger der Stadt Frankfurt (Oder), sondern auch die auf polnischer Seite leben. [...] Und insgesamt haben wir über 600 Anfragen beantwortet, in der gesamten Zeit haben wir gezählt, auf Polnisch. 600 per Telefon und über 100 E-Mail-Anfragen.“ (Int1_P1_20200527_GrDaEPV) Zwar wurden die Kommunikationsmittel und -kanäle im Krisenmanagement angepasst. Allerdings gab es nicht die eine zentrale Kontaktstelle in der Euroregion oder Doppelstadt, an die sich Bürger:innen, Unternehmen und weitere Akteure wenden konnten. Dies wurde von einigen Akteuren im Nachgang 2022 kritisiert und es wurde eine institutionalisierte Form vorgeschlagen (z. B. Int1_P2_20220907_LinkBord; Int8_P10_20221011_LinkBord; Int9_P13_20221014_LinkBord).

So wurden auch aus anderen Grenzregionen, etwa der deutsch-französischen oder deutsch-niederländischen, wo es solche Einrichtungen gibt, Lernprozesse angestoßen. Ein Vertreter der anderen untersuchten Euroregion im Gebiet Brandenburg-Lubuskie – der Euroregion Spree-Neisse-Bober – führte am 14.10.2022 aus: „Andererseits aber auch noch mal wegen den Infopunkten darauf zurückzukommen, dass neben dem Thema Arbeiten, Leben, Wohnen eben auch [im deutsch-französischem Grenzraum] klare, zurechenbare Kanäle für die Bürgerinnen und Bürger geschaffen wurden, welche Corona-Regelungen gelten. Diese Verlässlichkeit ist einfach ein großer Punkt gewesen. [...]. Da haben wir ja auch sehr gute Kontakte und sehen eben auch, dass es an der deutsch-holländischen Grenzregion sehr gut funktioniert hat [...]. Wo wir sagen, da müssen auch wir solche Erfolgsmodelle etablieren“ (Int9_P13_20221014_LinkBord).

Neben der Anpassung der Kommunikationsstrukturen für die verschiedenen Akteure im Grenzraum wandelte sich in der Krise auch die politische und administrative Zusammenarbeit der Stadtverwaltungen – von analog zu digital und aufgrund der dynamischen Entwicklungsprozesse in der Krise auch in dichterem Taktung: „Also ich hatte ja gesagt, dass normalerweise sich die Bürgermeister einmal im Monat treffen. Das haben wir während dieser Corona-Krise erheblich intensiver gestaltet. Die haben sich einmal die Woche für einen einstündigen Videotermin miteinander verabredet [...], um eben in dieser Krise, wo ja die Herangehensweise[n] auf deutscher und polnischer Seite sehr unterschiedlich waren, wo es viele Alleingänge gab, um da eben sehr gut informiert zu sein und gegenüber der Bevölkerung auch gut kommunizieren zu können und um sich auch über alle Irritationen und Schwierigkeiten da abzustimmen.“ (Int1_P1_20200527_GrDaEPV) Die verbesserte und regelmäßige interne Kommunikation in der grenzüberschreitenden Einrichtung führte nach Ansicht des Vertreters des Kooperationszentrums auch zu einer abgestimmteren Kommunikation nach außen: „Also ich denke, für die Zusammenarbeit zwischen beiden Stadtverwaltungen haben wir eine wichtige Rolle gespielt. Vor allen Dingen in Form [...] ihrer regelmäßigen Bürgermeister-Videokonferenzen. Auch für die Öffentlichkeitsarbeit [...] mit gemeinsamen Publikationen, Briefen, Interviews, die sie gegeben haben, die beiden Stadtspitzen“ (Int1_P1_20200527_GrDaEPV).

Im Nachgang der ersten Jahre der Corona-Pandemie haben die Euroregionen eine kollaborative Nachbereitung der Maßnahmen – auch in Absprache mit den Bürger:innen – geplant, wie es hier im Fall der Euroregion Spree-Neiße-Bober erläutert wird: „Wir wollen nämlich die Coronakrise so ein Stück weit auswerten und fünf Bürgerdialoge organisieren, um mit den Menschen beiderseits der Neiße einfach noch mal das Thema auszuwerten.“ (Int9_P13_20221014_LinkBord) Diese Bürgerdialoge sollen auch im Hinblick auf durch die Corona-Pandemie aufgeworfene Fragen der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung und die Lehren, die etwa aus dem deutsch-französischen Grenzraum gezogen werden können, diskutiert werden: „Und gerade unter dem Eindruck von Corona zum Beispiel finde ich, ist das Thema der Gesundheitsversorgung noch mal einen Zacken schärfer geworden, weil es ja da auch im deutsch-französischen Grenzraum große Unterstützung gab für Coronaerkrankungen, gerade im ersten Jahr der Pandemie, wie man unkompliziert und flexibel sich dort im medizinischen Bereich geholfen hat“ (Int9_P13_20221014_LinkBord). Das Thema der Gewährleistung von grenzüberschreitender Gesundheitsversorgung ist demnach ein wichtiges zukünftiges Thema im deutsch-polnischen Grenzraum.

3.1.3 Transformationsfähigkeit und euroregionale Innovation

Die euroregionalen und grenzüberschreitenden Akteure waren fähig, sich in der disruptiv auftretenden Krise widerständig zu präsentieren und adaptiv zu handeln. Mit dem Formulieren von einem gemeinsamen offenen Appell aller Euroregionen und der drei Doppelstädte der deutsch-polnischen Grenze an die jeweiligen nationalen Regierungen haben deutsch-polnische euroregional-institutionalisierte Akteure ihre Kräfte gebündelt und Forderungen an die nationale Ebene bezüglich Kommunikation, Grenzgänger:innen und pendler:innen, Gesundheitswesen, Krisenmanagement sowie grenzübergreifende Zusammenarbeit geäußert (vgl. Ulrich 2022b: 229).

Um sich langfristig bei gleichzeitiger Verflechtungssensibilität krisenresilient aufzustellen, bedarf es für die weitere Ausrichtung transformativer Ansätze und innovativer Strukturen und Prozesse, die auch aus anderen Regionen diffundieren können, die auch für die deutsch-polnische Grenzregion als neuartig – also als politische Innovation – eingestuft werden können. Aus den Interviews in den Jahren 2020 und 2022 sind vor allem die Schaffung eines EVTZ, von Grenzinformationspunkten und von grenzüberschreitenden Daseinsvorsorge- und Gesundheitsversorgungsstrukturen als politische Innovationen zu sehen, die die Grenzregion transformieren und langfristig krisenfest aufstellen könnten.

Zum Grenzinfopunkt, der auch unter dem Begriff „Grenzscout“ (vgl. Cyrus 2023) subsumiert wird, äußert ein Vertreter des Brandenburger Europa-Ministeriums: „Also ich denke, wenn wir den Grenzraum als Grenzpunkte umsetzen könnten, dann wäre das ein sehr, sehr großer Gewinn. [...] Aber wenn man so was tatsächlich stärker institutionalisieren und verstetigen könnte und auch vor allem für den Alltag da nutzen könnte, wie es, ja, da wäre das wieder so ein Format, wo ich sage [...], da kann man wirklich von der Westgrenze lernen [...]. Also wenn man das so unter diesen Grenzscouts subsumiert.“ (Int8_P10_20221011_LinkBord) Die bisherige Kommuni-

kation verlief spontan und über verschiedene Akteure: „Hier gab es nicht so jemande[n], der sich wirklich auf den ersten Blick zuständig gefühlt hat. [Es gab] eine Million [...] Fragen, die sofort beantwortet werden müssen, weil die Leute kommen nicht zur Arbeit, zum Beispiel, aber auch Gesundheitsversorgung [...] Und niemand so richtig wusste, wer ist da jetzt zuständig.“ (Int1_P2_20220907_LinkBord) Grenzinformatiionspunkte können dabei für disruptiv auftretende Krisen, aber auch langfristig als Ansprechpartner zur Verfügung stehen: „Wir brauchen mehr institutionalisierte Kommunikationskanäle, und dazu gehören halt für uns so etwas wie die Grenzinformatiionspunkte, die natürlich noch viele andere Aufgaben auch haben, nämlich insgesamt zu informieren, zu allen möglichen Fragen: Arbeiten, Wirtschaften und Studieren in der Grenzregion. Die aber für unsere Begriffe auch so eine Kommunikationsstruktur bilden könnten für Momente, in denen mal schnell was kommuniziert werden muss, die dann auch für die Landesregierung ein eindeutiger Ansprechpartner werden. [...] Jeder Grenzbewohner würde sofort auf die Idee kommen, auf der Webseite des Grenzinformatiionspunktes nachzugucken“ (Int1_P2_20220907_LinkBord).

Des Weiteren wurde die Gründung eines EVTZ im Jahr 2020 noch als politische Neuerung im deutsch-polnischen Grenzraum für die Schaffung von langfristigen Strukturen (vgl. Ulrich 2021) gesehen: „Und auch eine noch verbindlichere Zusammenarbeit in Richtung eines EVTZs. Ich finde, diese Krise hat auch gezeigt, dass [...] die Antwort nicht weniger Europa und weniger Zusammenarbeit [ist], sondern mehr Europa und mehr Zusammenarbeit sein sollte“ (Int1_P1_20200527_GrDaEPV).

Ein abschließendes Zukunftsthema – das eng mit dem epidemiologischen Gesichtspunkt der Pandemie zusammenhängt – ist das der grenzüberschreitenden Daseins- oder Gesundheitsversorgung (vgl. Frey 2023; Ulrich 2022a; Ulrich/Cyrus/Jańczak 2025). Auch hier rückt der Fokus in die Richtung, wie grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung strukturell in Zeiten disruptiv auftretender Gesundheitskrisen langfristig aufgestellt werden kann: „Die Situation, wo wir all diese Themen der grenzüberschreitenden Gesundheit zur Versorgung analysieren wollen und dann versuchen wollen, die Akteure an einen Tisch zu bringen, die wir brauchen, um hier das wirklich so hinzukriegen, dass es [...] wirklich egal ist, auf welcher Seite man lebt, auf welcher Seite man arbeitet und trotzdem da, wo es für die Gesundheit und das Leben notwendig ist, die Leistung auf beiden Seiten in Anspruch nehmen kann.“ (Int1_P1_20200527_GrDaEPV) Die grenzüberschreitende Daseinsvorsorge ist aktuell noch mit zahlreichen finanziellen, rechtlichen, politischen und administrativen Hürden versehen, gewinnt aber zunehmend an Bedeutung und ist ein innovativer und zukünftiger Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit (vgl. Frey 2023; Ulrich 2022a; Ulrich/Cyrus/Jańczak 2025).

3.2 Politische Koordination zur Nachverfolgung und Eindämmung des grenzübergreifenden Fischsterbens in der Oder

Das zweite Fallbeispiel ist die Oder-Katastrophe im August 2022, die auch als Fischsterben in der Oder bekannt geworden ist. Abbildung 4 zeigt die zeitliche Entwicklung dieser Katastrophe.

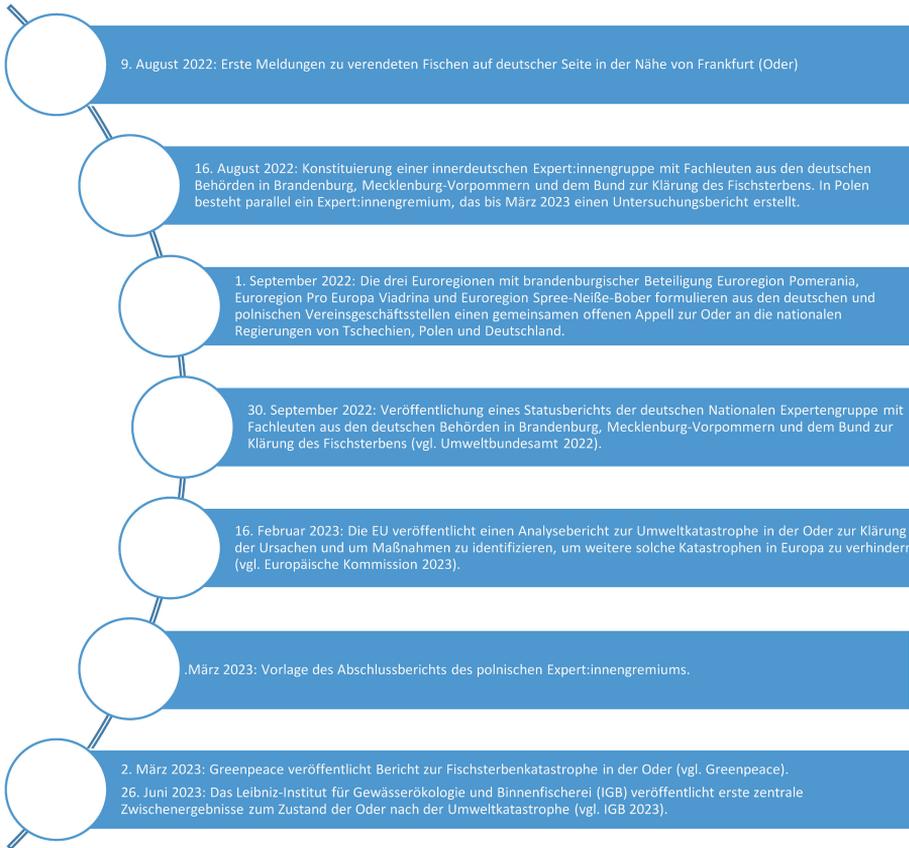


Abbildung 4: Fallstudie 2 – Zeitlicher Verlauf der politischen Maßnahmen zur Nachverfolgung und Eindämmung des Fischsterbens in der Oder / Quelle: Eigene Zusammen- und Darstellung

Im Folgenden wird die euroregionale Krisenfestigkeit aus der Perspektive der befragten Akteure untersucht.

3.2.1 Persistenz/Widerstandsfähigkeit von euroregionaler Politik und Verwaltung beim Fischsterben in der Oder

Auf deutscher Seite waren Bund und Land stärker als die Euroregionen und Kommunen in die Abstimmungsprozesse mit den polnischen Partnern während und nach dem Fischsterben eingebunden. Eine Vertreterin des Landes Brandenburg schildert es wenige Wochen nach der Katastrophe folgendermaßen: „Während des Oder-Fischsterbens gab es eine Telefonkonferenz des Umweltministeriums mit den Forschungsinstituten und den Landkreisen. Da waren wir dann auch eingeladen, um auch eventuell die Schnittstelle zu polnischen Stellen wieder da zu haben, weil die jetzt ja nur in Deutsch stattfand. (Int8_P11_20221011_LinkBord)“ Zwischen Bund und Land gab es also Abstimmungen, aber nicht gleich grenzüberschreitend, auch wenn es

aufgrund der Corona-Krise bereits Krisenkanäle mit der polnischen Seite gab: „Seit Covid und seit dieser Grenze ist es, glaube ich, in der Landesregierung etwas präsenter, dass es Fragen und Themen gibt, wo man mitdenken muss, dass wir einen polnischen Nachbarn haben.“ (Int8_P11_20221011_LinkBord) Wie von einem Vertreter eines anderen Brandenburger Ministeriums erwähnt, waren Umwelt- und Europaministerium in die Krisenkommunikation integriert und erwarteten dieses Krisenereignis nicht, da es „ganz viele Untersuchungen schon im Rahmen der Internationalen Kommission zum Schutz der Oder auch hinsichtlich Einleitungen, die dort registriert sind, im Rahmen der Aufgabe der Wasserrahmenrichtlinie“ und ganz viele „abgestimmte Meldekettens“ gebe, „die aber nicht funktioniert haben“ (Int5_P7_20220927_LinkBord). Auch ein polnischer Interviewpartner vom Marschallamt der Wojewodschaft Lubuskie betont, dass die Krisenkommunikation – auch auf polnischer Seite – nicht gut funktioniert habe, die Zusammenarbeit auf regionaler Ebene mit dem Brandenburgischen Umweltminister aber gut verläuft (Int18_P22_20230322_LinkBord).

Die Vertreterin des brandenburgischen Umweltministeriums fügt hinzu, dass es zahlreiche Gremien, Arbeitsgruppen und Pläne zum Schutz der Gewässer gab: „Es gibt ja auch genug Arbeitsgremien [...]. Also angefangen jetzt bei den Grenzflüssen, Grenzgewässerkommissionen, Internationale Kommission zum Schutz der Oder vor Verunreinigung. [...]. Unsere Fachleute von der Wasserwirtschaft, diese Arbeitsgruppen bzw. im Landesumweltamt, dann noch die wissenschaftlichen Leute, die da arbeiten, und da ist es ja schon gewesen, in der Überarbeitung der EU-Hochwasserschutzpläne oder auch der Bewirtschaftungspläne des Grenzflusses gibt es ja auch zwei Pläne, die dann mühevoll irgendwie zusammengeführt worden sind.“ (Int10_P14_20221024_LinkBord) Gleichzeitig wird noch mal hervorgehoben, dass die deutsche und die polnische Seite jeweils eigene Gremien und Pläne haben: „Aber jede Seite hat [es] extra gemacht und dann hat man versucht, irgendwie was Gemeinsames zu machen.“ (Int10_P14_20221024_LinkBord) Das liegt zum einen daran, dass beide Seiten unterschiedliche Zuständigkeiten haben, und zum anderen daran, dass hier nicht die euro-regional-lokale Ebene aktiv wird, sondern die nationale oder regionale, die wiederum divergierende Interessen verfolgen können: „Aber da ist es schon sichtbar geworden, dass es da Diskrepanzen gibt, weil jeder es anders bewertet und beim Fluss Oder ist es so und so das Problem, wir bewerten ihn als naturbelassen, die deutsche Seite, und die polnische Seite aber als reguliert, weil sie ja eine Binnenschiffahrtsstraße draus machen wollen und die deutsche Seite nicht.“ (Int10_P14_20221024_LinkBord) Sie subsumiert: „Und gerade die Oderkatastrophe hat uns ja gezeigt, dass da starke Grenzen gesetzt [sind] und dass das auch stark politisch motiviert ist, wie tiefgreifend die Zusammenarbeit ist“ (Int10_P14_20221024_LinkBord).

3.2.2 Anpassungsfähigkeit/Adaptionsfähigkeit und euroregionales Lernen während der Oder-Katastrophe

Die grenzüberschreitende Widerstandsfähigkeit war im Vergleich zum Umgang mit der Corona-Pandemie wenig ausgeprägt. 2023 wurden mehrere Berichte veröffentlicht (siehe zeitlicher Ablauf, Abbildung 4), die die komplexe Kombination von Umständen als Ursachen der Umweltkatastrophe darlegen. Von den Akteuren der Branden-

burgischen Ministerien wird befürwortet, dass es ein international-grenzüberschreitendes Gremium für das Krisenmanagement geben sollte. „Und das, ob das jetzt ein neues Gremium ist oder bestehende Gremien im Rahmen der Internationalen Kommission zum Schutz der Oder gegen Verunreinigung [...], das kann ich jetzt nicht beurteilen, was da so der beste Weg ist“ (Int5_P7_20220927_LinkBord).

Vonseiten der euroregionalen Vertreter – die bisher wenig in die Krisenkommunikation bei der Oder-Katastrophe einbezogen waren – kam einerseits der Hinweis, dass das Krisenmanagement nicht national, sondern grenzüberschreitend auf Basis von internationalen Richtlinien und Abkommen vollzogen werden solle, und andererseits, dass die Grenzregionen ja die Betroffenen seien und daher in die Krisenkommunikation inkludiert werden sollten. Der Vertreter der Euroregion Spree-Neiße-Bober spricht von einem offenen Appell der drei brandenburgischen Euroregionen: „Und aus dem Grund haben wir uns einfach mit der Euroregion Pomerania, Europa Viadrina und unseren beiden zusammengesetzt und haben [einen] Appell formuliert, den wir offen an alle wichtigen politischen Entscheidungsträger, aber auch an die Mitglieder zum Beispiel unseres deutsch-polnischen Begleitausschusses übermittelt haben“ (Int9_P13_20221014_LinkBord).

3.2.3 Transformationsfähigkeit und euroregionale Innovation

An diesem Punkt setzt die euroregionale Transformationsfähigkeit an. Im Appell wird unter anderem darauf bestanden, dass die lokale Ebene einbezogen werden soll: „Insofern war da das Thema Krisenkommunikation bzw. die nicht vorhandene Krisenkommunikation maßgeblich. Man merkt jetzt, dass auf Regierungsebene, wenn sich die Umweltministerien beider [Länder] zusammengesetzt haben, es ja dann fatal ist, wenn man sich gegenseitig nur die eigene Sicht der Dinge vorstellt. Und deswegen war auch unsere Maßgabe, mit dem Appell darauf hinzuweisen, dass es ja Richtlinien gibt, dass es ja Regeln der Kommunikation gibt, dass man die auch unbedingt einhalten sollte [...]. Und deswegen haben wir ja auch ihr gemeinsames Handeln noch mal als Bitte in den Vordergrund gerückt, um darauf hinzuweisen, dass die Leidtragenden hier vor Ort sind und nicht in den Hauptstädten“ (Int9_P13_20221014_LinkBord).

Im von den Euroregionen formulierten offenen Appell wird das auch noch mal deutlich gemacht. Hier erfährt die Idee eines Krisenkommunikationskanals für grenzüberschreitende Gefährdungslagen, der bisher noch nicht existiert, volle Unterstützung durch die Euroregionen. Ein solcher Kanal wurde in einer Sitzung des Ausschusses für grenznahe Zusammenarbeit der deutsch-polnischen Regierungskommission im April 2022 erarbeitet (vgl. Euroregion Pomerania; Euroregion Pro Europa Viadrina; Euroregion Spree-Neiße-Bober 2022). Er wäre eine Neuerung in der deutsch-polnischen Grenzregion und würde die lokalen Akteure auch stärker inkludieren.

4 Zusammenfassung und Ausblick

Der Beitrag diskutierte die Krisenfestigkeit im deutsch-polnischen Grenzraum in Zeiten der Polykrise und die euroregionale Politik- und Verwaltungskooperation am Beispiel der disruptiv auftretenden Corona-Pandemie und der Fischkatastrophe in der Oder. Die empirische Analysebasis waren Interview-Daten aus Gesprächen mit (euro-) regionalen und kommunalen Akteuren. Die Untersuchungsregionen umfassten die Euroregion Pro Europa Viadrina, die Doppelstadt Frankfurt (Oder)-Słubice und die Euroregion Spree-Neiße-Bober. Die zentralen Ergebnisse sind in Abbildung 5 und Abbildung 6 zusammengefasst.

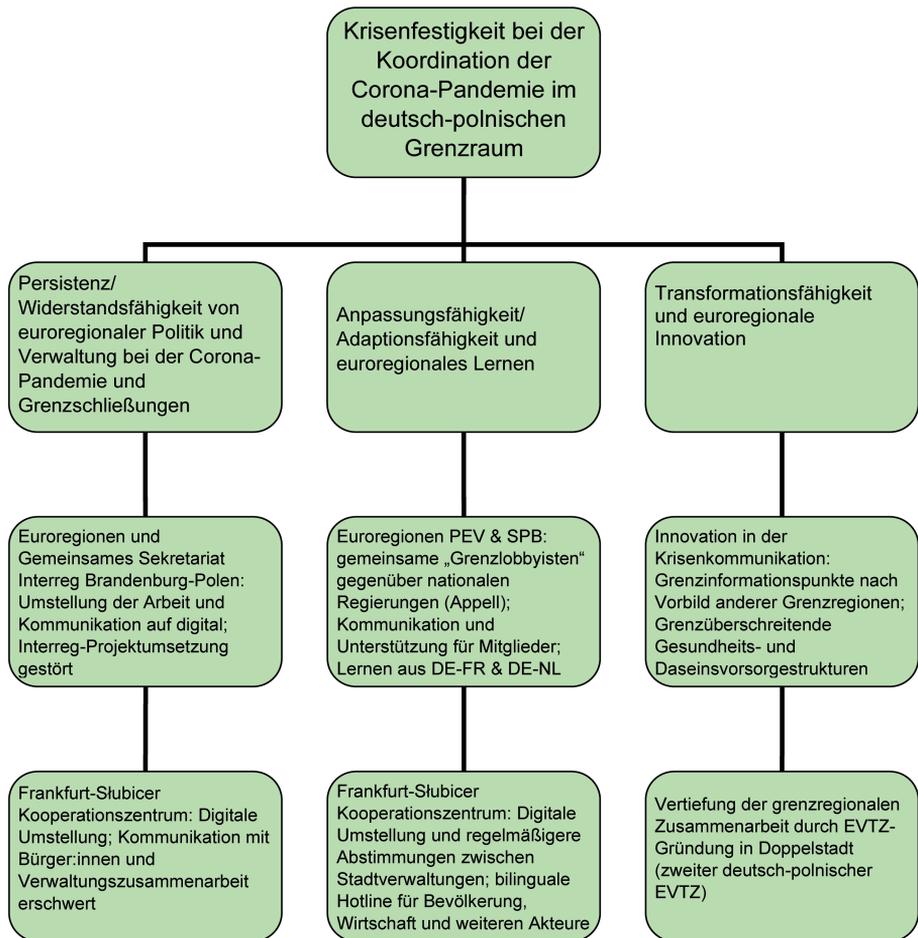


Abbildung 5: Fallstudie 1 – Ergebnisse der Analyse zur Krisenfestigkeit bei der Corona-Pandemie / Quelle: Eigene Darstellung

Beim Umgang mit der Corona-Pandemie und den damit verbundenen Grenzschließungen brachten sich die euroregionalen Akteure demnach als „Grenzlobbyisten“ im Bereich Kommunikation als gemeinsame und vernetzte Stimme gegenüber den staatlichen Akteuren und den eigenen Mitgliedern ein, während das grenzurbane Kooperationszentrum den Fokus auf die digitale und enger getaktete Abstimmung der beiden Stadtverwaltungen und transparente und angepasste Kommunikation für die grenzübergreifende Bevölkerung, Wirtschaft und weiteren Akteure legte. Interregionale Lernprozesse mit Prozessen und Strukturen in der deutsch-französischen und deutsch-niederländischen Grenze spielten eine signifikante Rolle, etwa bei der geplanten Einrichtung von sogenannten Grenzinformationspunkten, der Gründung von EVTZ oder der Schaffung von grenzüberschreitenden Gesundheits- und Daseinsvorsorgestrukturen (vgl. Abbildung 5).

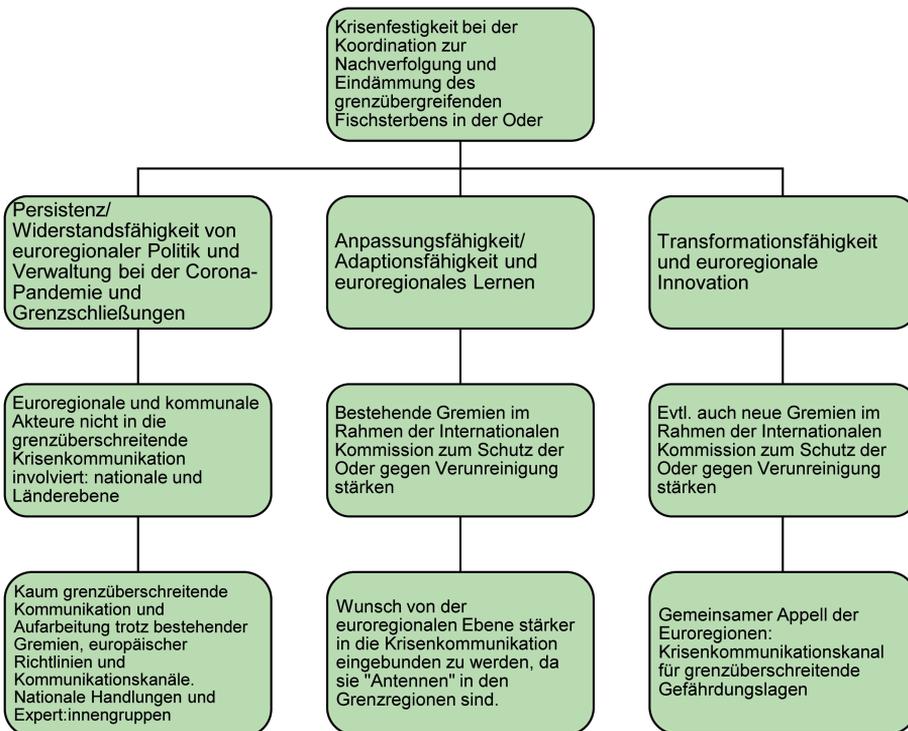


Abbildung 6: Fallstudie 2 – Ergebnisse der Analyse zur Krisenfestigkeit beim Fischsterben in der Oder /
Quelle: Eigene Darstellung

Der Umgang mit der Fischkatastrophe in der Oder hat gezeigt, dass die euroregionalen und kommunalen Akteure weder zuständig noch stark involviert wurden. Vielmehr wurde die nationale Ebene in Deutschland und Polen aktiv und richtete Expert:innengruppen ein, um die Katastrophe aufzuarbeiten. In Deutschland wurde auch die regionale Ebene – in Brandenburg das Umwelt- und Europaministerium – einbezogen. Grenzüberschreitend fand weniger gemeinsame Aufarbeitung statt. Grenz-

überschreitende europäische Richtlinien, Gremien und Kommunikations- und Meldeketten gab es bereits, sie wurden aber nicht bedient. Der Wunsch der euroregionalen und lokalen Ebene war es, in die Kommunikationskanäle einbezogen zu werden. Auch hier wurde in einem gemeinsamen offenen Appell der an der Oder gelegenen Euroregionen der Wunsch geäußert, dass sie in einem Krisenkommunikationskanal für grenzüberschreitende Gefährdungslagen integriert werden. Schließlich seien sie, wie in den Interviews angesprochen, „Grenzlobbyisten“ und „Antennen vor Ort“ in den Grenzregionen, und bekämen die Folgen der disruptiv auftretenden Krisenereignisse direkt zu spüren.

Euroregionen übernehmen daher eine wichtige Vermittlerfunktion. Sie bündeln und kommunizieren nach unten, seitwärts und nach oben: nach unten zu ihren Mitgliedern, seitwärts zu den anderen Euroregionen und den euroregionalen nationalen Nachbarn und nach oben zu den Bundesländern, Wojewodschaften sowie den nationalen Regierungen, wo sie in gemeinsamen Appellen die Stimme der gesamten Grenzregion abbilden. Ihre Inklusion in grenzübergreifende Kommunikationskanäle erscheint sinnvoll – auch beim eher national ausgerichteten Katastrophenschutz in grenzüberschreitenden Räumen.

Literatur

- Anderson, D. J.; Prokcola, E.-K. (2022): *Borderlands Resilience. Transitions, Adaptation and Resistance at Borders*. London, New York.
- Baumgart, S.; Krätzig, S. (2021): Raumentwicklung in Grenzregionen. Wichtige Weichenstellungen unter dem Eindruck der Pandemie. In: *Informationen zur Raumentwicklung* 48 (2), 18-23.
- Böhm, H.; Boháč, A.; Novotný, L.; Drápela, E.; Opiola, W. (2023): Resilience of Cross-border Cooperation in the Neisse-Nisa-Nysa Euroregion after the Pandemic: Bouncing In-between. In: *Journal of Borderlands Studies*.
- Bouckaert, G; Galli, D.; Kuhlmann, S.; Reiter, R.; Van Hecke, S. (2020): European Coronationalism? A Hot Spot Governing a Pandemic Crisis. In: *Public Administration Review* 80 (5), 765-773.
- Brinks, V.; Ibert, O. (2020): From Corona Virus to Corona Crisis: The Value of An Analytical and Geographical Understanding of Crisis. In: *Tijdschrift voor economische en sociale geografie* 111 (3), 275-287.
- Brunet-Jailly, E.; Carpenter, M. J. (2020): Introduction: Borderlands in the Era of COVID-19. In: *Borders in Globalization Review* 2 (1), 7-11.
- Cyrus, N. (2020): Grenzen ziehen in Krisenzeiten – temporäre Krisengrenzen statt nationaler Staatsgrenzen. In: Ulrich, P.; Cyrus, N.; Pilhofer, A. (Hrsg.): *Grenzen und Ordnungen in Bewegung in Zeiten der Corona-Krise. Analysen zu Region und Gesellschaft*. Frankfurt (Oder), 12-16. = Working Paper Series B/ORDERS IN MOTION Nr. 8.
- Cyrus, N. (2023): Bestandsaufnahme und Potential-Analyse von Grenzscouts im Bereich der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Frankfurt (Oder). = Working Paper Series B/ORDERS IN MOTION Nr. 12.
- Cyrus, N.; Ulrich, P. (2020): Das Corona-Virus und die Grenzforschung. In: Ulrich, P.; Cyrus, N.; Pilhofer, A. (Hrsg.): *Grenzen und Ordnungen in Bewegung in Zeiten der Corona-Krise. Analysen zu Region und Gesellschaft*. Frankfurt (Oder), 3-7. = Working Paper Series B/ORDERS IN MOTION Nr. 8.
- Cyrus, N.; Ulrich, P. (2021): Verflechtungssensible Maßnahmenräume. Lehren aus dem Umgang mit der COVID-19-Pandemie in der Doppelstadt Frankfurt (Oder) und Słubice. In: *Informationen zur Raumentwicklung* 48 (2), 24-33.
- Cyrus, N.; Ulrich, P. (2022): Towards integration-sensitive spatial planning. How the covid-19 pandemic disrupts integrated borderland areas-The case of the German-Polish twin-town Frankfurt (Oder) and Słubice. In: Beck, J. (Hrsg.): *Grenzüberschreitende Zusammenarbeit nach der Pandemie. La coopération transfrontalière après la pandémie. Rechtlich-institutionelle Flexibilisierung im Kontext des Aachener Vertrags Flexibilisation juridique et institutionnelle dans le cadre du Traité d'Aix-la-Chapelle*. Brüssel, 539-557.

- Dittel, J.** (2022): Covid-19 als Zäsur und Chance für grenzüberschreitende Regionen am Beispiel der Großregion. In: Brodowski, D.; Nesselhauf, J.; Weber, F. (Hrsg.): *Pandemisches Virus – nationales Handeln. Covid-19 und die europäische Idee*. Wiesbaden, 125-148.
- Duvernoy, C.** (2021): Die Verbreitung von COVID-19 in Grenzregionen. In: *Informationen zur Raumentwicklung* 48 (2), 50-59.
- Euroregion Pomerania; Euroregion Pro Europa Viadrina; Euroregion Spree-Neiße-Bober** (Hrsg.) (2022): *Offener Appell zur Oder*. Szczecin, Löcknitz; Gorzów Wielkopolski, Frankfurt (Oder); Guben, Gubin, 01.09.2022.
- Europäische Kommission** (Hrsg.) (2023): *Eine EU-Analyse der Umweltkatastrophe in der Oder 2022*. JRC Technical Report. Erkenntnisse und forschungsbasierte Empfehlungen zur Vermeidung künftiger Umweltschäden in den Flüssen der EU; eine gemeinsame Analyse der GD ENV, der JRC und der EUA.
- Frey, M.** (2023): *Grenzüberschreitende Daseinsvorsorge im deutsch-polnischen Grenzraum*. Zweisprachige Expertise zu rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen/ Prawne aspekty transgranicznych usług publicznych. Podstawy i warunki ramowe. Potsdam. = KWI-Diskurs 2.
- Greenpeace** (Hrsg.) (2023): *Greenpeace deckt auf: Polnische Bergbaukonzerne PGG und JSWSA für Fischsterben verantwortlich Bericht über das Fischsterben in der Oder im Juli/August 2022*, 02.März 2023.
<https://www.greenpeace.de/publikationen/20230302-greenpeace-report-fischsterben-oder.pdf> (04.07.2024).
- Hennig, A.** (2020): The spatial dimension of coronavirus crisis management and the role of subnational actors in the German-Polish border region. In: *European Societies* 23 (sup1), S589-S871.
- IRS – Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung** (Hrsg.) (2021): *Forschungsprogramm 2022-2025*. Disruption – kritische Momente sozial-räumlichen Wandels. Erkner.
- IGB – Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei** (Hrsg.) (2023): *IGB Fact Sheet*. Zentrale Zwischenergebnisse zum Zustand der Oder nach der Umweltkatastrophe, 26.Juni 2023.
https://www.igb-berlin.de/sites/default/files/media-files/download-files/IGB_FACT_SHEET_Oder-Zwischenergebnisse_1.pdf (04.07.2024).
- Jańczak, J.** (2020): The German-Polish border, re-bordering and the pandemic: centers vs. peripheries? In: Ulrich, P.; Cyrus, N.; Pilhofer, A. (Hrsg.): *Grenzen und Ordnungen in Bewegung in Zeiten der Corona-Krise*. Analysen zu Region und Gesellschaft. Frankfurt (Oder), 17-19. = Working Paper Series B/ORDERS IN MOTION Nr. 8.
- Kuebart, A.; Stabler, M.** (2021): Risikoprozesse statt Risikogebiete. In: *Informationen zur Raumentwicklung* 48 (2), 40-49.
- Kuhlmann, S.; Hellström, M.; Ramberg, U.; Reiter, R.** (2021): Tracing divergence in crisis governance: responses to the COVID-19 pandemic in France, Germany and Sweden compared. In: *International Review of Administrative Sciences* 87 (3), 556-575.
- Kuhlmann, S.; Franzke, J.** (2021): Multi-level responses to COVID-19: crisis coordination in Germany from an intergovernmental perspective. In: *Local Government Studies* 48 (2), 312-334.
- Kuhlmann, S.; Franzke, J.; Dumas, B. P.** (2022): Technocratic Decision-Making in Times of Crisis? The Use of Data for Scientific Policy Advice in Germany's COVID-19 Management. In: *Public Organization Review* 22, 269-289.
- Laine, J. P.** (2022): Epilogue. Borderland resilience: thriving in adversity? In: Anderson, D. J.; Prokkola, E.-K. (Hrsg.): *Borderlands Resilience. Transitions, Adaptation and Resistance at Borders*. London, New York, 182-192.
- Lois, M; Cairo, H.; García de las Heras, M.** (2022): Politics of resilience. politics of borders? In-mobility, insecurity and Schengen "exceptional circumstances" in the time of COVID-19 at the Spanish-Portuguese border. In: Anderson, D. J.; Prokkola, E.-K. (Hrsg.): *Borderlands Resilience. Transitions, Adaptation and Resistance at Borders*. London, New York, 182-192.
- Lübke-meier, E.; von Ondarza, N.** (2017): *Im Schatten der Poly-Krise*. Leitlinien für eine Erneuerung der EU nach dem Jubiläums-Gipfel in Rom. Berlin. = SWP-Aktuell 15.
- Medeiros, E.; Guillermo Ramírez, M.; Ocskay, G.; Peyrony, J.** (2020): Covidfencing effects on cross-border deterritorialism: the case of Europe. In: *European Planning Studies* 29 (5), 962-982.
- Nossem, E.** (2020): *The pandemic of nationalism and the nationalism of pandemics*. Trier. = UniGR-CBS Working Paper 8.
- Ohmae, K.** (1999): *The Borderless World: Power and Strategy in the Interlinked Economy*. New York.
- Opiłowska, E.** (2020): The Covid-19 crisis: the end of a borderless Europe? In: *European Societies* 23 (sup1), S589-S600.
- Opiłowska, E.** (2022a): Resilienz grenzüberschreitender Zusammenarbeit im deutsch-polnischen Grenzgebiet in europäischer Perspektive. In: Brodowski, D.; Nesselhauf, J.; Weber, F. (Hrsg.): *Pandemisches Virus – nationales Handeln. Covid-19 und die europäische Idee*. Wiesbaden, 193-213.

- Opitowska, E. (2022b): Von der Grenze der Versöhnung zur Grenze als Ressource. 30 Jahre deutsch-polnische grenzüberschreitende Zusammenarbeit – Versuch einer Bilanz. In: Dahl, M.; Lemanczyk, M.; Loew, P. O.; Łada-Konefał, A. (Hrsg.): Von der Versöhnung zur Alltäglichkeit? 30 Jahre deutsch-polnische Nachbarschaft. Wiesbaden, 87-98.
- Schneidewind, U. (2018): Die große Transformation. Eine Einführung in die Kunst gesellschaftlichen Wandels. Frankfurt am Main.
- Ulrich, P. (2020): Impact Assessment of the Challenges and Successes in Coordinating the COVID-19 Crisis on the German-Polish Border: Examples from the Euregion Pro Europa Viadrina, the Frankfurt-Ślubice Cooperation Centre and the Southern Part of the Euregion Pomerania. In: Unfried, M.; Büttgen, N.; Marks, S. (Hrsg.): Cross-Border Impact Assessment 2020: Dossier 1: The Impact of the Corona Crisis on Cross-border Regions. Maastricht, 39-54.
- Ulrich, P. (2021): Participatory Governance in the Europe of CrossBorder Regions: Cooperation – Boundaries – Civil Society. Baden-Baden.
- Ulrich, P. (2022a): Grenzüberschreitende Daseinsvorsorge in der Euroregion Pro Europa Viadrina. In: Ulrich, P.; Wojciechowski, K. (Hrsg.): Deutsch-polnische Broschüre „Wissenschaft & Praxis im Dialog in unsicheren Zeiten. Grenzüberschreitende Daseinsvorsorge in der Euroregion Pro Europa Viadrina & anderen Regionen im Vergleich/ Nauka i praktyka w dialogu w niepewnych czasach. Transgraniczne usługi użyteczności publicznej w Euroregionie Pro Europa Viadrina i innych regionach w porównaniu“. Frankfurt (Oder), 13-18. = Working Paper Series B/ORDERS IN MOTION Nr. 11.
- Ulrich, P. (2022b): Nationale Grenzziehungen und euroregionale Verflechtungen in der deutsch-polnischen Grenzregion in Zeiten der Pandemie. In: Brodowski, D.; Nesselhauf, J.; Weber, F. (Hrsg.): Pandemisches Virus – nationales Handeln. Covid-19 und die europäische Idee. Wiesbaden, 215-234.
- Ulrich, P., Cyrus, N., Jańczak, J. (Hrsg.) (2024): Grenzüberschreitende Daseinsvorsorge. Stand und Perspektiven in europäischen Verflechtungsräumen. Wiesbaden.
- Unfried, M. (2022): Krisenbewältigung und Solidarität während der Corona- Pandemie in Europäischen Grenzregionen – Was war passiert und wie weiter? In: Beck, J. (Hrsg.): Grenzüberschreitende Zusammenarbeit nach der Pandemie. La coopération transfrontalière après la pandémie. Rechtlich-institutionelle Flexibilisierung im Kontext des Aachener Vertrags Flexibilisation juridique et institutionnelle dans le cadre du Traité d'Aix-la-Chapelle. Brüssel, 521-537.
- Unfried, M.; Büttgen, N.; Marks, S. (2020): Cross-Border Impact Assessment 2020: Dossier 1: The Impact of the Corona Crisis on Cross-border Regions. Maastricht.
- Umweltbundesamt (Hrsg.) (2022): Nationale Expert*innengruppe zum Fischsterben in der Oder unter Leitung des Umweltbundesamtes: Fischsterben in der Oder, August 2022 Statusbericht, Stand 30.09.2022, https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/2546/dokumente/statusbericht_fischsterben_in_der_oder_220930.pdf (04.07.2024).
- Wassenberg, B. (2022): Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf den Eurodistrikt Strasbourg-Kehl/Ortenaukreis: Von Ressentiments zur Europäischen Solidarität und grenzüberschreitenden Innovation. In: Brodowski, D.; Nesselhauf, J.; Weber, F. (Hrsg.): Pandemisches Virus – nationales Handeln. Covid-19 und die europäische Idee. Wiesbaden, 171-191.
- Weber, F. (2020): Cross-border cooperation in the border region of Germany, France and Luxembourg in times of Covid-19. In: European Societies 24 (3), 354-381.
- Weber, F.; Wille, C. (2020): Grenzgeographien der Covid-19-Pandemie. In: Weber, F.; Wille, C.; Caesar, B.; Hollstegge, J. (Hrsg.): Geographien der Grenzen. Räume – Ordnungen – Verflechtungen. Wiesbaden, 191-223.
- Weber, F. (2022): Die Covid-19-Pandemie und die grenzüberschreitende Kooperation in der Region SaarLorLux – politische Bewertungen und Perspektiven. In: Brodowski, D.; Nesselhauf, J.; Weber, F. (Hrsg.): Pandemisches Virus – nationales Handeln. Covid-19 und die europäische Idee. Wiesbaden, 149-161.

Autor

*Dr. Peter Ulrich (*1984), ist Politikwissenschaftler und Regionalplaner. Er ist wissenschaftlicher Geschäftsführer des Kommunalwissenschaftlichen Instituts der Universität Potsdam. Zuvor hat er an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder), am Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung in Erkner und an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg in den Bereichen Europa-, Regional-, Kommunal- und Grenzraumstudien gelehrt und geforscht.*